

# Die Ameise.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der  
Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adress. je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Nr. 38.

Berlin, den 21. September 1900.

27. Jahrg.

## Die sozialethische Bedeutung des Streiks.

Von Brutus.

Ueber die Bedeutung und das Wesen des Streiks als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe ist schon viel geredet und geschrieben worden, ebenso auch über seine Berechtigung oder Nichtberechtigung. Darüber hat man aber unseres Wissens verabsäumt, sich mit der sozialethischen Seite dieser Frage zu befassen. Diese Seite zu beleuchten, soll in Nachfolgendem versucht werden, wobei wir uns wohl bewußt sind, daß wir weder den Kapitalisten damit einen Gefallen thun, noch auch den streikenden Arbeitern angenehm sind. Man hat sich nämlich gewöhnt, in einem Streik nur den erbitterten Kampf zu sehen, bei welchem — um das Wort eines Unternehmers zu gebrauchen — „die süßlich sentimentalen Humanitätsgründe und Hinweise auf die Moral keinen Zweck haben,“ vergißt darüber aber, daß auch ein Krieg seine Poeste und seine Ethik hat. Und darum handelt es sich bei unserer Untersuchung, von einer höheren Binne herab Streikthier auf die kämpfenden Gruppen zu werfen, die sie in einer anderen, als der gewöhnlichen Beleuchtung erscheinen lassen. Mögen sich die Kämpfer selbst nicht darum kümmern, der unparteiische Zuschauer wird es sich nicht nehmen lassen, seinen Beobachtungen Ausdruck zu verleihen, ohne gerade zu verlangen, daß man ihm in der Hitze des Kampfes Gehör schenke; er ist vielmehr schon zufrieden, wenn nach Schluß des Kampfes der Eine oder der Andere sich diese Bemerkungen durch den Kopf gehen läßt.

In rein wirtschaftlicher Beziehung ist der Streik eine sehr einfache Sache, nämlich eine planmäßige, gemeinsame Weigerung einer Arbeitergruppe, einem oder mehreren Unternehmern die Arbeitskraft zu verkaufen. Daß die Arbeiter zu dieser Vorenthaltung ihrer Arbeitskraft berechtigt sind, wird kein denkender Mensch bestreiten, ebenso wie es unbestreitbar ist, daß Niemand verpflichtet werden kann, an einem Streik theilzunehmen. Die Sache erscheint also auf den ersten Blick als eine rein persönliche, moralisch völlig indifferente, welchen

Standpunkt man auch im Allgemeinen einem Streik gegenüber einzunehmen pflegt. Dennoch aber läßt sich nicht bestreiten, daß sie eine sozialethische Bedeutung hat, insofern es durchaus nicht in das Bestehen eines Einzelnen gestellt ist, ob und wie er sich an dem Kampfe zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft betheiligen will.

Es giebt noch heute Sozialpolitiker, die in einem Streik ein Unrecht und eine Auflehnung gegen die göttliche und menschliche Autorität erblicken, da der Arbeiter nach dem Sittengesetz zur Arbeit moralisch verpflichtet sei. Demgegenüber behaupten andere, daß die sittlichen Verbindlichkeiten an den realen Verhältnissen ihr Maß haben. „Wenn die christliche Ethik auf die gegenwärtigen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Begriffe wenden will,“ sagt der konservative Theologe M. von Nathusius, „die man früher mit Recht aus dem 4. Dekrete entwickelte, so erlebt das eine solche Karrikatur ethischer Forderungen, daß die Entfremdung der Lohnarbeiter von einer Kirche mit einer so veralteten und unpassend gewordenen Moralpredigt das natürlichste Ding ist.“ Und ein anderer Theologe, der Domprediger Wilhelm in Göttingen, schreibt darüber: „Das Koalitionsrecht gewähren, aber die Arbeitseinstellung als unsittlich verdammen, ist ein Widerspruch in sich selbst. Dann wäre das Koalitionsrecht der in der Scheide festgelötete Säbel der alten Bürgergarde. Die Organisation kann den Arbeitern nur dann nachhaltig nützen, wenn sie gestattet, das Angebot der Waare Arbeit zu beschränken, um ihren Preis zu erhöhen oder die sonstigen Arbeitsbedingungen zu beeinflussen. Wie soll das anders geschehen, als durch die Androhung eines Streiks oder den Streik selbst? Die Organisation erst verleiht dem Arbeiter eine gleichberechtigte Stellung als Waarenverkäufer, insofern als sie erst einen wirksamen Streik ermöglicht.“ Noch schärfer spricht sich ein dritter Theologe, G. Rauch in Kladow aus: „Wenn die Kirche immer wieder von ihren Pastoren gemacht wird, den Arbeiter zu predigen: Seid zufrieden und wehrt euch nicht gegen das Ungemach; Gott wird schon für euch sorgen — ist es denn nicht Pharisäermoral, wenn dieselben

Herren für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich ganz gründlich gegen das Ungemach zu wehren? Wir evangelischen Geistlichen aber würden die Gewissen verwirren, wenn wir dem Arbeiter predigen wollten, daß er Sünde thut, wenn er sein Recht wehrt und für das Interesse seines Standes kämpft.“ Es folgt also daraus, daß in einer Arbeitseinstellung als solcher unter den heutigen Verhältnissen schlechterdings kein Unrecht zu erblicken ist; sie ist rechtlich und sittlich, weil er nichts als die Auflösung eines reinen Vertragsverhältnisses, eines kündbaren Kontrakts. Eine vernünftige moderne Sozialethik erkennt an, daß in dem wirtschaftlichen Kampfe die angewandten Kampfmittel ebenso berechtigt sind, wie in jedem anderen Kriege, daß ein Streik an sich also nicht unsittlich ist.

Aber der Arbeiter hat nicht nur das Recht, die Arbeit einzustellen, wenn ihm die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht passen, sondern er hat unter Umständen auch die moralische Pflicht dazu. Hierin liegt im Wesentlichen die sozialethische Bedeutung des Streiks. Die Begründung dieser Verpflichtung liegt in den materiellen und ideellen Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter.

Bekanntlich hat ein Mensch nicht nur ein Recht zum Leben, sondern er trägt auch die Verpflichtung in sich, sein eigenes Leben und das Dasein seiner Familie möglichst angenehm zu gestalten. Nicht ohne Grund würde man ihm der Pflichtvergessenheit zeihen, wenn er in mißverstandenerm Entlassungsfanatismus sich damit begnügen wollte, nur den nothdürftigsten Lebensunterhalt herbeizuschaffen. Das Streben nach Verbesserung der Lebenshaltung und die Vertheidigung gegen eine beabsichtigte Verleumdung ist die Pflicht eines jeden Menschen und einer jeden Nation; dieser sehr berechtigten Selbsterhaltungstrieb steckt auch in jedem normal veranlagten Menschen und ist unstrittig viel sittlicher, als die Forderung des Evangeliums: „Ihr sollt nicht ir verstreben dem Uebel!“ die neuerdings von dem russischen Kaiser Nikolaus wieder zum Lebensprinzip erhoben wurde. Selbst diejenigen, welche den Schwerpunkt des menschlichen Daseins in



Jenseits verlegen, können den Werth des Diesseits nicht verleugnen.

Der Arbeiter als Einzelperson, so gut wie als Mitglied seiner Klasse hat die Pflicht der Selbsterhaltung und er würde diese Pflicht verletzen, wenn er nicht ganz energisch gegen die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus Front machen wollte. Die Erfahrung hat gelehrt, das der moderne Kapitalismus, solange er seine Raubhiergehaken ungehindert ausstrecken kann, in der rücksichtslosesten Weise gegen die bestgelohten Arbeiter vorgegangen ist; er hatte kein Gefühl für das bodenlose Elend der Arbeiterklasse und suchte letztere auf die niedrigste Stufe geistiger und materieller Lebenshaltung herabzudrücken; am allerwenigsten aber war er irgendwie geneigt, den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter stattzugeben. Aus dieser unbestreitbaren Thatsache erwuchs den Arbeitern die Pflicht der Selbsthilfe und zwar um so mehr, je weniger die Staatsgewalt ihre soziale Pflicht, den Unterdrückten zu helfen, erkannte und ausübte. Nach Lage der Sache war aber der einzelne Arbeiter dem Kapital gegenüber machtlos, woraus sich die Nothwendigkeit der organisierten Selbsthilfe ergab. Die Arbeiterorganisation drängt sich als unabwendbare Nothwendigkeit auf und damit erwuchs jedem Arbeiter ausnahmslos die Pflicht, sich seiner Organisation als dienendes Glied anzuschließen. Logischer Weise macht sich heutzutage ein jeder Arbeiter einer groben Pflichtverletzung schuldig, der die Hände lässig in den Schooß legt, und ruhig zusieht, wie seine organisierten Kollegen auch für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen. Der Gipfelpunkt sozialer Unmoral ist es natürlich, den organisierten Kollegen die Emanzipationsbestrebungen zu erschweren oder völlig zu vereiteln.

Wenn man auf diese Weise das Koalitionsrecht zu einer Koalitionspflicht erweitert, bekommt der heutige Interessenkampf zwischen Unternehmer und Arbeiter ein ganz anderes Gesicht; die Organisation wird eben zu einer Erziehungsschule für den Arbeiter. Die vom modernen Geiste erfüllte Gewerkschaft „erzieht ihre Mitglieder moralisch und nimmt sie in energische Zucht; das Gefühl der Solidarität und Kameradschaftlichkeit der Genossen untereinander mit der Devise: Einer für Alle und Alle für Einen! wirkt dem Egoismus kräftig entgegen und mit dem Bewußtsein der Rechte erwacht auch der Gedanke an die Pflichten und die Ehre des Standes. In der Sorge für die Leistungsfähigkeit und das Können der Vereinsgenossen liegt ein erzieherisches Moment, das an die ehrenfeste Zucht innerhalb der alten Zünfte erinnert.“ (Professor Th. Ziegler: Die soziale Frage eine sittliche Frage.) In der That beobachten wir, daß jede Arbeiterorganisation ihre Mitglieder, gerade weil sie von ihnen Opfer und Disziplin fordert, auf eine höhere sittliche Stufe hebt.

Solange eine Organisation im Friedensstande ist und sich normal entwickelt, bleiben ihre Erziehungsergebnisse unbemerkt; sobald aber ein Konflikt ausbricht und eine Organisation den Kriegspfad beschreitet, sollen die Mitglieder zeigen, was sie gelernt haben. Der Streik ist nun thatsächlich ein Kampf, der den Arbeitern Gelegenheit giebt, im Feuer zu ergreifen; es ist die Letzte, aber auch schärfste Waffe, die man ergreift, wenn alle anderen Mittel versagen. Wenn das Unternehmertum alle, selbst die mächtigsten Forderungen der Arbeiter zurückweist, wenn es gar den Versuch macht, die ohnehin schon miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mehr zu verschlechtern — was bleibt da den Arbeitern anders übrig, als etymologisch die Arbeit einzustellen? Sie befinden sich in ganz derselben

Lage wie die Schweizer auf dem Rütli, die sich verbündeten gegen ihre Unterdrücker und mit erhobenen Händen den Schwur ablegten: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, In keiner Noth uns trennen und Gefahr!“

Ist es da nicht die heiligste Pflicht eines jeden Arbeiters, seinen Kollegen die Treue zu wahren und Schulter an Schulter mit ihnen gegen das Kapitalproletariat in den Kampf zu ziehen!

Wohl werden die sittlichen Konflikte in der Brust des modernen Arbeiters nicht ausbleiben, wie sie z. B. in dem Drama von Ph. Langmann „Bartel Turaxer“, in Hauptmanns „Die Weber“ und in Emil Zola's Arbeiterroman „Germinal“ behandelt werden, jene Konflikte, die den Arbeiter vor die quälende Frage stellen: „Soll ich Schulter an Schulter zu den Genossen stehen oder soll ich meiner Familie zu Liebe von ihnen abfallen und ihrer Sache untreu werden?“ Hunger oder Verrath? so stellt sich oftmals die Frage für den Einzelnen. Aber auch ein solcher Konflikt ist vom sittlichen Standpunkte aus betrachtet ein Gewinn und ein Zeichen fortschreitender Selbstbestimmung und sittlicher Zucht; in einem solchen Konflikt schärft und verfeinert sich das Gewissen und erlärkt der soziale Geist. Gerade wie ein Soldat im Kampfe fürs Vaterland sein Leben in die Schanze schlägt oder wie ein Forschungsreisender sich im Dienste der Wissenschaft opfert, gerade so legt ein Streikender seine Existenz aufs Spiel im Interesse der Gesamtheit. Nur ein traffer Materialist wird den Streit lediglich nach dem primären Gewinn oder Verlust abschätzen, der dabei herauspringt, ein Sozialethiker wird vor allen Dingen die ethischen Momente in Betracht ziehen, die dabei in die Erscheinung treten. Und da muß man sagen, daß jeder Streik, auch ein verlorener, ein Gewinn ist für die Arbeiterklasse, in dem er das soziale Pflichtgefühl weckt und die Brüderliebe stärkt.

Von diesem Gesichtspunkte aus beurtheilt man nunmehr das Gebahren der bürgerlichen Presse und der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Gesellschaft“ einem Streik und einem Streikbrecher gegenüber. Ist es nicht ein wahrer Hohn, daß man einen Menschen verherrlicht und als nachahmungswerthes Muster hinstellt, der aus privatem Egoismus an seinen Kollegen zum Verräther wird? Wohin würden wir kommen, wenn diese Beurteilungswelt allgemein üblich würde? Einen Soldaten, der sein Liebstees dahelme zurückläßt und, der Fahne treu, in das Kampfgewühl hinausgeht, preist man als Helden, bei einem Arbeitswilligen erscheint Feigheit und Verrath als Heldenthum. Wahrlich eine ganz eigenthümliche Sozialethik! Gerade der Streikbrecherkultus, wie er heute in einem großen Theile der bürgerlichen Presse getrieben wird, liefert den erschreckenden Beweis von einer völligen Verirrung der sittlichen Begriffe. Man scheint eben nicht zu verstehen, daß der Arbeiter nicht nur seiner Familie angehört, sondern auch seinem Stande; wenn man immer und immer wieder die Lebensart herleiht: die Streikenden hätten an Weib und Kinder denken sollen, erweckt man dadurch den Verdacht, daß man dem Arbeiter das Gefühl für Standesehre abspricht. Wer selbst Ehre im Leibe hat, wird den Konflikt zwischen Standesehre und Familienpflichten wohl verstehen.

Bei der sittlichen Beurteilung des Streiks ist noch zu berücksichtigen, daß in vielen Fällen nicht nur materielle Interessen (Lohn, Arbeitszeit etc.) auf dem Spiele stehen, sondern daß es sich häufig auch um ethische Gesichtspunkte handelt. Sehen wir den Fall, die Arbeiter eines Betriebes wählen eine Deputation, die

gehörigen Orts die Beschwerden und Wünsche vorbringen soll und die Teilnehmer dieser Deputation werden stehenden Fußes entlassen. Wer wird läugnen wollen, daß diese Entlassung ein zwingender Grund ist, sofort in den Streik einzutreten? Hören wir darüber den Domprediger Wilhelmi in Bästrow, der diesen Vorgang aus eigener Anschauung wie folgt schildert: „Hundert Männer treten zusammen und geben über einen Auftrag. Dieser Auftrag macht die vier brotlos. Was sollen die hundert thun? Wer sieht nicht, wie nahe es ihnen lag, ihre Ehre und Treue engagirt zu glauben und sich als Männer verpflichtet zu halten zu der Antwort: „Sie sind um unsertwillen außer Brod gekommen, wir wollen ihr Schicksal theilen?“ Glaubt ihr, daß ihnen das leicht geworden ist? Glaubt ihr, daß nicht manchem das Herz gezittert hat, wenn er an Weib und Kind, an den nahen Winter dachte? Bemerkt ihr, daß sie ihre Mannes- und Standesehre auf dem Spiele stehen sehen um dieser Ehre Willen den Kampf aufgenommen, das Opfer der wirtschaftlichen Existenz gebracht haben — oder bemerkt ihr nichts dergleichen? Es kann doch eigentlich nur zweierlei Leute geben, die davon nichts gewahr werden: einmal die, welche selbst kein entwickelteres Ehrgefühl haben und meinen, in solchen Fällen müsse man sich eben ducken, wenn man nur selber an der Krippe bleibe, oder — und so wird es wohl bei den meisten stehen — man gesteht dem Arbeiter nicht das gleiche Recht auf Ehre zu, welches man für sich selber beansprucht. Man hält das Ehrgefühl für das Vorrecht eines Standes oder der „höheren Stände“, aber alle die, die unter diesem Strich stehen, haben kein Recht, ein point d'honneur zu haben. Und doch hat der Kulturgeschichtsschreiber Niehl Recht, wenn er sagt: „Um der alten Standesehre Willen schießt zuweilen noch Einer den Andern todt, aber um der modernen Arbeitsehre Willen entbrennen soziale Revolutionen der Völker.“ Es handelt sich darum, zu verstehen, in welcher innerlichen Zwangslage die Arbeiter sich befinden oder sich zu befinden meinen, als ihre Deputirten um des übernommenen Auftrags Willen außer Brod kamen. Dies sympathische, achtungsvolle Verständnis muß ihnen jeder entgegenbringen, der sie als Männer achtet.“ In der That könnte man, in Anlehnung an das Bremerhavener Kaiserwort sagen: „Ehros, wer seine Kollegen, die im Interesse der Gesamtheit ihre Existenz aufs Spiel setzen, im Stiche läßt.“ Ob es immer thatsächlich richtig ist, wegen Entlassung von Delegirten die Arbeit niederzulegen, ist eine Frage, die verschiedener Beurtheilung unterliegt, vom sozialethischen Standpunkte aus aber würden die Arbeiter sich selbst entehren, wenn sie ihre Kollegen fallen lassen, um nur selbst an der Krippe zu bleiben.

Ähnlich liegt die Sache, wenn den in einem Betriebe zurückgebliebenen Arbeitern zugemuthet wird, Streikarbeit zu verrichten, wie dies bei der Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter der Fall war. Hier erhebt sich gleichfalls ein Konflikt zwischen dem privaten Egoismus des betreffenden Arbeiters und der Solidaritätspflicht. Welchen Weg ihm die soziale Moral vorschreibt, kann gar keinem Zweifel unterliegen, und es ist äußerst erfreulich, zu beobachten, daß die Arbeiter mit vereinzelten Ausnahmen denjenigen Weg einschlagen, der ihnen von der Ehre und dem sozialen Pflichtgefühl gewiesen wird. Aus diesem Grunde ist die Hamburger Aussperrung, so bedauerlich auch die materiellen Schäden und Folgen derselben sind, vom Standpunkte der Sozialethik aus als ein hochbedeutendes Beispiel ehrenhafter Gesinnung und sozialen Pflichtbewußtseins zu betrachten. Wenn die



Hamburger Werftarbeiter niederträchtig genug gewesen wären, ihren freilebenden Kollegen in den Rücken zu fallen, so waren sie wirklich und wahrhaftig „ehrlose Gesellen“, da sie dies aber verschmäht haben und deshalb auf die Straße geworfen wurden, kann man ihnen den Titel von Ehrenmännern nicht versagen.

In sozialethischer Beziehung ist also ein Streit von der größten Bedeutung, insofern er den Prüfstein bildet für die Einsicht und den Charakter der daran Beteiligten; es ist gewissermaßen die Feuerprobe des organisierten Arbeiters. Bei einem Streit soll der Arbeiter zeigen, daß ihm das Gefühl für Standesehre und das Bewußtsein seiner Standespflichten in Fleisch und Blut übergegangen ist und daß er viel mehr Idealismus besitzt, als der Durchschnittsphilister auch nur zu ahnen vermag.

### Eine wichtige Aufgabe für die Gewerkschaften.

In der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt Richard Calwer: Eine Ära der Arbeitslosigkeit beginnt für die deutsche Arbeiterbevölkerung. Seit 1895 war das Gepräge des Arbeitsmarktes für die Arbeiter günstig und erst in diesem Jahre hat der offene Rückschlag der Konjunktur auch auf den Arbeitsmarkt seine ersten Wirkungen geübt. Das scheint klar, daß schon der kommende Winter unter dem Zeichen der Arbeitslosigkeit stehen wird. Dagegen kann man sich über den Grad und die Dauer der Arbeitslosigkeit heute noch keine Vorstellung machen. Seit der letzten größeren Periode der Arbeitslosigkeit hat der Wirtschaftskörper Deutschlands derartige Veränderungen erfahren, daß man in der vorliegenden Frage keine Schlüsse aus der Vergangenheit mehr wagen darf. Es sei nur auf ein ganz wesentliches Moment, nämlich die starke Ausbildung der Kartelle hingewiesen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr wahrscheinlich, daß viele Kartelle für ihren Produktionsbereich über den Rückgang der Konjunktur schneller und gelinder, ohne jene gewaltigen und plötzlichen Stockungen, Fallissements u. hinüberkommen werden, als in ähnlichen früheren Situationen die einzelnen Unternehmungen. Diese Wahrscheinlichkeit hätte für den Arbeitsmarkt zur Folge, daß das Auftreten der Arbeitslosigkeit gleichfalls in anderen Formen erfolgte, als früher. Ob diese Formen für die Arbeiter günstiger wären, ist freilich sehr fraglich, darüber heute schon orakeln zu wollen, halten wir für verlorene Mühe. Aber aus einer Reihe von Gründen ist es wichtig, bei Zeiten Maßregeln zu treffen, um den Verlauf der kommenden Arbeitslosigkeit kontrollieren zu können. Das ist nicht nur aus wirtschaftspolitischem Gesichtspunkte notwendig, sondern aus Gründen des nächstliegenden praktischen Interesses der Arbeiter selbst.

Um diese Nothwendigkeit in Kürze zu beweisen, möchten wir die Arbeiter an die Erfahrungen von Anfang der neunziger Jahre erinnern, an die Nothstandsbehalten in den Gemeindefraktionen, in den Einzelmandatagen und im Reichstage. Von den Vertretern der Arbeiter wurde die Arbeitslosigkeit in weitem Umfange behauptet, von den Gegnern wurde das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit in erheblicher Ausdehnung bestritten.

Wie der Minister v. Bötticher im Reichstage, so machten es die Stadträte und Bürgermeister in vielen Gemeindefraktionen, sie verstanden der Öffentlichkeit, es gibt keinen Nothstand, da er ja nicht in den Akten verzeichnet war. Nur wenige Kommunen waren es, in denen die Vertuschungspolitik nicht Platz griff, sondern Nothstandsarbeiten in Angriff

genommen wurden. Hätte man damals einigermaßen zuverlässiges statistisches Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit an der Hand gehabt, man hätte auf die Instanzen, von denen man Hilfe in der Noth zu fordern hatte, einen stärkeren Druck üben können. Aus dieser Erfahrung von damals sollte man aber für die kommende Zeit die einzige mögliche Lehre ziehen: so bald wie möglich Maßregeln zu treffen, um den Grund und die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit jeder Zeit feststellen zu können.

Bei dem Stande der gewerkschaftlichen Organisation war damals allerdings eine der Kontrolle noch ausgeschlossen. Heute ist sie leichter, namentlich nachdem viele Organisationen und darunter sehr große, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, zu diesem Zwecke also schon eine genaue Zählung der Arbeitslosenziffer für ihre Organisation vornehmen müssen. Schon allein die Ziffer, die die Metallarbeiterorganisation zu sammeln und zu veröffentlichen in der Lage ist, wird ungemein werthvoll die die Beurteilung des Standes der Arbeitslosigkeit sein. Freilich diese Ziffern müssen publizistisch verwertet, d. h. so schnell wie möglich, etwa jeden Monat oder auch alle Wochen festgestellt und umgehend veröffentlicht werden. Und zwar wird man sich nicht darauf beschränken dürfen, nur die Arbeitslosenziffer für die Gesamtorganisation möglichst schnell zu veröffentlichen, für die einzelnen Distrikte und Orte ist auch schon die Arbeitslosenziffer der einzelnen Zahlstelle von symptomatischem Werth und es wäre daher gut, wenn die Arbeiterpresse an jedem Orte die Bewegung der Arbeitslosen durch derartige Ziffern verfolgen würde.

Wenn nur die Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung schon eingeführt haben, sich dieser Berichterstattung anschließen, so würde schon allein damit jede Arbeiter-Zeitung in der Lage sein, über die jeweilige Zahl der Arbeitslosen am Orte werthvolle ziffernmäßige Belege zu geben. Aber wir gehen noch weiter und meinen, daß Angesichts der ersten Einwirkungen der Arbeitslosigkeit auf den gesamten Arbeitsmarkt auch die anderen Gewerkschaften, so weit sie also noch nicht durch die Arbeitslosenunterstützung zu einer statistischen Aufnahme der Arbeitslosen genöthigt werden, gleichfalls sich verpflichtet fühlen sollten, periodische Arbeitslosenzählungen innerhalb ihrer Organisation vorzunehmen und die Resultate so schnell wie möglich zu veröffentlichen. Dabei empfiehlt es sich, diese Zählungen zeitig vorzubereiten, möglichst einfach, aber um so einheitlicher zu gestalten. Der Hauptzweck dieser Zählungen wird aber nur erreicht, wenn die veröffentlichten Ziffern aktuell sind, d. h. wenn der Tag der Zählung und die Veröffentlichung des Resultates möglichst nahe bei einander liegen und nicht, wenn erst nach Wochen die Ziffern der Aufnahme bekannt gegeben werden.

So lange wir noch keine amtlichen Aufnahmen über die Arbeitslosen haben, müssen die gewerkschaftlichen Organisationen, so weit sie es vermögen, die hier bestehende Lücke ausfüllen. Schalten wir auch keine wissenschaftlich unanfechtbaren Resultate, so doch immerhin ein für den Augenblick und für praktische Zwecke nützliches Barometer, an dem wir den Stand der Arbeitslosigkeit ablesen können. Die Ziffern zeigen uns zunächst nur den Stand der Arbeitslosigkeit innerhalb der organisierten Arbeiterschaft. Aber da wir wissen, in welcher Stärke die Arbeiter eines Gewerbes am Orte in ihrer Organisation vertreten sind, so dürfen wir mit Zug eines Rückschlusses auf die Arbeitslosigkeit im Gesamtgewerbe machen. Die englischen Arbeits-

losenziffern, die allmonatlich in der „Labor Gazette“ veröffentlicht werden, beziehen sich nur auf die organisierten Arbeiter, aber trotzdem mißt man auch dort an ihnen den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit überaus genau. Gerade so können's die Organisationen in Deutschland machen.

Was soll nun diese Zählung für einen praktischen Werth haben? Die Vertreter der Arbeiter in den Gemeinden, in den Parlamenten werden dadurch in die Lage versetzt, bei ihren Anträgen zur Verhütung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit sich auf das Material stützen zu können, die Arbeiterorganisationen selbst werden bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gleichfalls einen festeren Boden gewinnen, als dies bisher der Fall war. Mit dem billigen Einwande, daß es keinen Nothstand gebe, werden wenigstens die ernstlichen Gegner nicht kommen dürfen. Man wird zu den ziffernmäßigen Belegen über den Umfang der Arbeitslosigkeit Stellung nehmen müssen, man erhält Grundlagen für das kommunale und staatliche, so wie auch gewerkschaftliche Eingreifen gegen die Arbeitslosigkeit und kann gegen dieselbe auf der Gesamtarbeiterschaft so schwer lastende Erschöpfung ganz anders als bisher auftreten. Nicht daß man die Arbeitslosigkeit bannen konnte, aber man kann sie einerseits in ihrer Ausdehnung übersehen, damit auch die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit, ihren Verlauf, die Mittel zu ihrer Beseitigung besser erkennen, als in früheren Perioden einer wirtschaftlichen Krise. Aus eigener Initiative haben die Regierungen und Kommunen in dieser Beziehung nichts oder nur wenig. Um so mehr ist es Aufgabe der Arbeiter selbst und ihrer Organisationen, durch eigenes und energisches Vorgehen auch auf diesem Gebiete der Sozialpolitik dem Staate und der Kommune die Bahnen zu weisen.

### Selbsthilfe.

Überall, wohin man blickt, greift die gesamte Menschheit, gezwungen durch die Macht der Verhältnisse, zur Selbsthilfe. Die Arbeiterschaft scharrt sich zusammen und gründet Verbände, Unterstützungskassen, Wohnungsbauvereine, Konsums u. Alle diese Vereinigungen fassen auf den Grundsatz „Einigkeit macht stark“. Durch die Thätigkeit dieser Vereine schaffen die Beteiligten sich und ihren Familien bessere Lebensbedingungen und suchen die bestehenden zu heben und zu bessern. Natürlicher Weise werden diese Bestrebungen der Selbsthilfe von den Gegnern auch stark bekämpft, sehen doch diese Schwärmer darin die gänzliche Untergrabung ihrer eigenen Existenz. Und genau wie die Arbeitnehmer gründen sie Arbeitgeberverbände und suchen so gestärkt durch Selbsthilfe, die Bestrebungen der Arbeiter zu unterbinden. Aber gerade deshalb mußte und muß sich die Arbeiterschaft immer mehr zusammenfinden und sich selber helfen.

Wie herrlich ist es sich durch Konsumvereine billigere Lebensmittel zu sparen, wie herrlich durch Gründung von Wohnungsvereinen den überhandnehmenden Wucher der Hauswirthe eine Grenze zu setzen. Sind doch gerade in der letzten Zeit die Mieten im Preise sehr gestiegen, die herrschende Wohnungsnoth wird von den Wirthen geküßt zu: Genüge ausgenutzt und ausgebeutet und so steigen die Mieten immer höher und höher.

Mögen alle diese Verano zum sein und ehle Zwecke verfolgen, allen aber davon stehen die gewerkschaftlichen Organisationen, die für gleiches Recht, überhaupt um das Recht zum Leben, kämpfen. Doch immer noch werden



diese Klassen mehr als Unterklassungen betrachten, ein großer Theil sieht nur diese guten Seiten, die andern versteht er, kennt er nicht oder will sie nicht kennen und verstehen.

Es ist zwar dieses Unterstützungswesen ein sehr brauchbares und nicht zu entbehrendes Mittel, aber wie der Zweck die Mittel heiligt, so enthelligt auch die Mittel den Zweck. Das ist in unseren Kreisen noch sehr der Fall und es wird noch sehr viel in dieser Richtung hingeführt. Wenig kümmert man sich um Versammlungen und sonstige Angelegenheiten, man zählt seine Beiträge, ist Mitglied, glänzt, nebenbei gesagt, in jeder Versammlung durch Abwesenheit, bezieht, wenn man einmal herausliegt, seine Unterstützung und läßt die alte Bete ruhig so weiter gehen. Aber es kann nicht mehr so weiter gehen, wacht auf aus Eurem Stumpfsein, rüttelt Euch und Eure Nebenmenschen mit auf, helfst Euch selber, so hilft Euch Gott, sagt das Sprichwort. Seid auch Ihr Porzellanarbeiter nicht mehr so langsam und träge, seid rüstig, schreitet vorwärts, organisiert Euch und Eure Kollegen und nicht zu vergessen: Kolleginnen, tretet ein in die Reihen, kämpft mit uns Dasein, um bessere Lebensbedingungen, macht den Verband stark und schreitet mit demselben durch Kampf zum Sieg.

H. Regürf.

## Amtlicher Theil.

### Mitglieder-Abstimmung.

Auf Beschluß des Vorstandes, mit besonderer Zustimmung der Witwe des verstorbenen Verbandskassiers J. Bey, ist eine allgemeine Mitgliederabstimmung vorzunehmen, darüber, ob der Vorgenannten das Gehalt des Verstorbenen auch für Monat September gezahlt werden soll. (Siehe hierzu auch Vorstandesprotokoll vom 28. 8. in Nr. 37 der „Ameise“).

Entsprechend den Bestimmungen des § 33 des Statuts haben wir für die Abstimmung folgende 3 Fragen formuliert:

1. Soll über diese Angelegenheit eine sofort einzuberufende außerordentliche Generalversammlung entscheiden?
2. Soll die Erledigung dieser Angelegenheit bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellt werden?
3. Soll der Witwe des verstorbenen Verbandskassiers J. Bey das Gehalt bis mit September weiter gezahlt werden?

Es ist über alle 3 Fragen der Reihe nach abzustimmen und das Stimmenverhältniß genau zu notiren. Die Abstimmung muß bis spätestens 21. Oktober erfolgt sein. Resultate, welche nach dem 22. Oktober im Verbandsbureau eingehen, sind ungültig. Die Resultate sind an die Adresse des Verbandschriftführers Joh. Schneider, Berlin, Engelufer 15 II, einzujenden.

Abstimmungsformulare liegen der Nr. 38 der „Ameise“ bei.

Der Vorstandsvorstand.

### Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts, werden folgende Zahlstellen zur Einjendung der Abschlüsse und Gelder pro II. Quartal 1900 aufgefordert:

Darmen, Gräfenthal, Großbrettenbach, Girschberg, Saargemünd, Unterweißbach, Waldsassen.

W. Herden, Verbandskassier.

### 12. Vorstandssitzung vom 31. 8. 1900.

An der Sitzung nimmt Theil: der Redakteur. Zur Differenz bei Witz u. Co., S. I. m. e. n. a. u. wird beschlossen, daß die Forderungen der Former einzuzulassen

sind; sofern sich die Anwesenheit eines Vorstandesvertreters notwendig macht, soll die Delegation eines solchen erfolgen. — Zuschriften von Selb und Magdeburg werden zur Kenntniß genommen. — Der bewilligte Rechtsschutz für Mitglied 22 126 wird zurückgezogen, nachdem durch falsche Klagestellung die Angelegenheit unwirksam geworden ist. — Von Stadtilm wird die Aufnahme eines Streikbrechers mit drei Jahren Straflastempfehlung, hem wird zugestimmt. — Eine Beschwerde des Mitgl. 10 175 Rudolstadt, wegen Verweigerung der Unterstützung, wird an die Zahlstelle verwiesen. — Die Verwaltung der Zahlstelle Neuhaldensleben beantragt die Gratistlieferung von 10 Exemplaren der „Ameise“ für die Delegierten des dortigen Gewerkschaftsstarkeis; dies wird abgelehnt, das Kartell als solches soll jedoch ein Exemplar erhalten. — Um ein Buch aus der Zahlstellen-Bibliothek wieder zu erlangen, welches Mitglied 24 120 der Zahlstelle Bonn bei seinem Abgang dem Kostwirth verpfändet, wird Klageführung beschlossen. — Ein Gesuch der Zahlstelle Rathenow wird bewilligt. — Eine Beschwerde des Mitglieds 15 511 Lambach wird als unbegründet zurückgewiesen. — Der beantragten Gründung einer Zahlstelle in Emmersich wird zugestimmt, sofern die in Aussicht gestellte Mitgliederzahl erreicht ist. — Eine Mitteilung des Vorsitzenden der Agitationskommission des 12. Bezirks, erfolgreiche Abhaltung einer Agitations-Versammlung in Rauenstein betreffend, wird zur Kenntniß genommen. — Auf Beschwerde des Mitglieds 7301 Unterweißbach, wegen Verweigerung der Unterstützung, wird beschlossen, daß derselbe ärztliches Attest einzulenden hat. — Der Agitationskommission des 17. Bezirks werden die Kosten für eine stattgehabte Agitationsreise bewilligt. Die Agitations-Kommission des 5. Bezirks beantragt Gewährung der Mittel zur Abhaltung einer Vertrauensmänner-Konferenz; dem Vorstand erscheint eine solche jedoch nicht zweckmäßig, und wird der Antrag abgelehnt. — Mitglied 24 720 Schub, Hausen wird nach § 5, Abs. 3 des Statuts ausgeschlossen; Unterstützung für Mitglied 25 023 soll angewiesen werden, sofern nach Eingang des Formulars Besenden nicht vorhanden sind. — Mitglied 21 810 Klotter-Behra soll auf eine Zuschrift entsprechende Antwort erhalten. — Gegen das frühere Mitgl. 18349, Bachhour, soll Strafantrag gestellt werden; gleichzeitig soll dasselbe der Union bei eventueller Wiederanmeldung zur Beachtung empfohlen werden, die Rückzahlung der 18 Mt. wird dem Zahlstellenkassier erlassen. — Dem Verbandskassier wird auf seinen Antrag das Gehalt für Monat Juli vom 20. ab bewilligt und 27 Mt. Entschädigung für gebachten Lohnausfall. — Ein Antrag des Mitglieds 13 663 die Arbeit freiwillig aufgeben zu dürfen, wird abgelehnt. — Ein Gesuch des Mitglieds 21 371 Breslau, Gewährung von Nothfall-Unterstützung betreffend, wird abgelehnt, indem das Statut eine solche nicht zuläßt. — Differenz-Unterstützung für Mitglied 10 293 Moschendorf wird nach Lage der Sache abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — Differenz-Unterstützung für Mitglied 7707 Bonn wird bewilligt. — Die Zahlstelle Kronach beantragt den Ausschluß der Mitglieder 21 745 und 20 332 auf Grund des § 5, Abs. 3 (Beitritt zu einer anderen Berufs-Organisation) beschlossen wird, denselben noch acht Tage Bedenkzeit zu gewähren, dann soll eventuell Ausschluß erfolgen. — Mitglied 20 123 S. I. m. e. n. a. u. beantragt Rechtsschutz; es soll zunächst ein Gutachten des Rechtsanwalts Heine beigebracht werden. — Die beantragte Unterstützung für Mitglied 1053 Düsseldorf wird nach § 3, Abs. 1 u. 2, abgelehnt. — Gewährung der Umzugskosten für Mitglied 13 807 Langewiesen in gefordertem Umfange wird abgelehnt; es werden dieselben, dem Vorstandesbeschlusse vom 24. 1. 1900 entsprechend, bewilligt.

Beihilfensond. Eine Beschwerde des Mitglieds 1152 Charlottenburg, wegen Verweigerung der Beihilfe, wird an die Zahlstellen-Bureau verwiesen. — Mitglied 17 321 Meisen wird beurlaubungswise ausgenommen. — Mitglied 1346 Dresden soll sich durch einen anderen Arzt untersuchen lassen, dann soll eventuell Ausnahme erfolgen.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandschriftführer.

### 13. Vorstandssitzung vom 4. 9. 1900.

Entschuldigt fehlt Schubert; an der Sitzung nimmt Theil: der Redakteur, von den Redaktoren Boesener, die Genossen Krieg und Chantry Berlin, als Gäste.

Nach Mitteilung von S. I. m. e. n. a. u. haben die Former bei Witz u. Co. die Arbeit niedergelegt, nachdem von Seiten des Unternehmens der Austritt aus der Organisation verlangt wurde, eventuell der Austritt aus dem Arbeitsverhältniß; den Gemüthsgelassen wird Unterstützung nach § 1, Abs. 5 des U. A. bewilligt. — Von Selb wird berichtet, daß die Isolatorendreher der Firma Rosenthal wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt haben, und wird Unterstützung für dieselben beantragt, obwohl das eigenmächtige Handeln der in Frage kommenden Mitglieder schärf getadelt wird, so wird jedoch in Rücksicht auf die Haltung der Firma und in Anbetracht des Umstandes, daß die gebotenen Preise erheblich niedriger sind, als allgemein in der Isolator-

branche, die Unterstützung bewilligt; gleichzeitig wird beschlossen, die Sperre für Isolatorendreher über die Firma Rosenthal, Selb zu verhängen. — Ein Bericht über Zwischenfälle resp. deren Erledigung bei Firma Schomburg, Berlin, wird zur Kenntniß genommen; desgleichen ein Bericht des Schriftführers über eine Reise nach Margarethenhütte. — Dem ausgewiesenen Mitglied 16 505 Weiswasser wird Unterstützung nach § 1, Abs. 5 u. 2, bewilligt.

Cr a g,  
stellv. Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandschriftführer.

### Aus unserm Berufe.

„Es geht doch nicht über Rudolstadt!“ So ganz unrecht hat damit der verstorbene Lokalrichter Sommer nicht, wenn man die so schön am Saalestrande gelegene Stadt auf ihre Naturschönheiten taxirt. Aber für uns Porzellanarbeiter kommen zunächst die Arbeits- und Verdienstverhältnisse in Betracht und da rangirt Rudolstadt und Umgebung ganz gewiß nicht oben an. Die Berufsgenossen dort haben bisher nun auch nicht allzu viel gethan, um ihre Verhältnisse zu verbessern; seit dem verunglückten, durch Streikbrecher ins Wasser gefallenen Streik der Maler der Firma Schäfer u. Vater anno 1895, wurden nur wenig schüchterne Versuche gemacht, sich einen der Arbeitsleistung mehr entsprechenden Verdienst zu sichern. Dasselbe ist der Fall bezüglich der die Gesundheit der Arbeiter gefährdenden Einrichtungen oder besser gesagt, der auf diesem Gebiet bestehenden Mißstände.

Wir haben bereits in voriger Nummer darauf verwiesen, daß bei den Formern obengenannter Firma, Schäfer u. Vater, Differenzen sich entwickeln und daß jedenfalls ein Vorstandsvorsteher nach dort entsendet würde. Es ist das geschehen und war der Schreiber dieses, Ende voriger Woche dort.

Die eigentliche Ursache zu der Differenz, wie sie sich jetzt entwickelt hat, gab eine technische Neuerung in der Fabrikationsmethode. Der eine Firmeninhaber, Herr Vater, hatte in den letzten Jahren seiner Fabrik in Neuhaus a. R. vorgestanden und mag da Entdeckungen auf dem Gebiete der Masse- oder Schlickerzusammensetzung gemacht haben, die er nun bei seinem Wiedereintritt in die Stammfabrik verwerten wollte. Aufmerksame Leser der Vorstandsprotokolle werden wissen, daß sich die Klage Arnold wider Vater (ersterer klagt auf Herauszahlung eines ihm nach unserer und anderer Leute zu Unrecht gemachten Defektabzuges) nun schon beinahe 2 Jahre, wie ein nie sterbender Wurm, hinzieht. Es wurden seitens des Beklagten alle nur möglichen Gutachten und sonstigen Beweisgründe vor Gericht gezogen; (im Oktober ist wieder ein Termin angelegt) es geht daraus hervor, daß Herr Vater sich jedenfalls auf seine technischen Kenntnisse sehr viel zu Gute hält.

Ob die Verarbeitung der Masse in Neuhaus und die jetzt in der Rudolstädter Fabrik eingeführte, dieselbe ist, können wir nicht genau ermessen, Thatsache aber ist es, daß aus sogenannter Schabmasse ein Schlicker hergestellt wurde, durch dessen Verarbeitung die Former sich eben in ihrem Verdienste benachtheiligt fühlen; auf eine entsprechende Erhöhung der Preise demgegenüber ging die Firma nicht ein, es wurde durch Kommissionen hin und her verhandelt, die Erregung stieg und es wurden nun von den Formern überhaupt diverse Forderungen aufgestellt, unter denen nicht eine war, die unberechtigt zu nennen ist.

Die Arbeiter sollen stillschweigend solche Neuerungen, die da sicher im Interesse des Geschäftes liegen, hinnehmen, ohne daß sie ein Äquivalent für etwaigen Verdienstausfall erhalten. Es soll im vorhinem bemerkt werden, daß sich die Firma zur Wiedereinführung des alten Schlickers der Kommission



im Beisein des Vorstandsvertreters, verpflichtet hat, wenn die Mehrzahl der Former dies wünscht. Letzteres war aber, wie auch jetzt, schon gleich zu Anfang der Fall, wäre sie da gleich den Formern entgegengekommen, vielleicht wäre die Differenz nicht so weit gekommen.

Freilich erklärte Herr Vater auch, daß, wenn der alte Schlicker wieder verarbeitet wird, er jedes einzelne Stück kontrollieren und wenn rissig zc., nicht verrechnen wird; es wird von ihm angenommen, daß der neue Schlicker weniger Defekt auskommen läßt.

Was wunder, wenn bei der Aussicht nun die Arbeiter es überhaupt an der Zeit hielten, einmal etwas im Interesse ihrer Arbeits- und Verdiensthverhältnisse zu thun und Forderungen normierten. Der Vorstandsvertreter hat im Beisein einer Kommission, bei der auch die Formgleiter vertreten waren, am Freitag voriger Woche vorgeschlagen und wurde versucht, die Herren Schäfer u. Vater zu einer Bewilligung der Forderungen zu animieren; wir wollen dieselben, sowie den darauf erhaltenen Bescheid der Firma folgen lassen:

1. wird eine 10—30 prozentige Lohnerhöhung gefordert. — Begründet wird dies mit der allgemeinen Steigerung aller Lebensbedürfnisse, ebenso damit, daß der bisherige Verdienst nur durch äußerste Anstrengung zu erzielen war, in letzten Monaten sind sogar Ueberstunden gemacht worden.

Auf eine Lohnerhöhung geht die Firma nicht ein, sie legte uns die Lohnliste der Former vor und wies nach, daß die Verdienste sich stetig vom Januar bis dato gebessert hätten, was nicht zu bestreiten ist. Es ist aber auch zu berücksichtigen, daß wohl keine der Fabriken der Umgegend einen solchen flotten Geschäftsgang und damit verbundene rege Arbeitsgelegenheit aufzuweisen hatte, daß nirgends so anhaltend intensiv gearbeitet wurde, und kann man dann wirklich mit einem Durchschnittsverdienst einiger von circa 4 Mk. pro Tag gar so sehr brillieren?

Die Entwicklung der Fabrik von Schäfer und Vater beweist sicher, daß deren Inhaber es stets verstanden haben, nicht zu kurz zu kommen, und so berechtigt ihre Ansprüche an der Ausnützung ihrer Kapitalien sind, so berechtigt sind jene der Arbeiter auf eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft, durch welche letztere allein das Kapital der Firma Werth hat.

Die zweite Forderung betrifft die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Jetzt wird 10 Stunden (ohne Ueberstunden) gearbeitet. Im Prinzip, antworteten die Herren, sind sie dafür, aber den Arbeitern zugeben, wie lange sie in ihrem, auf Grund eines freien Arbeitsvertrages eingegangenen Arbeitsverhältnis sich abradern wollen, das natürlich können Unternehmer, wie die Herren Schäfer u. Vater nicht. „Die Former mögen sich an den hohen Reichstag wenden,“ wurde auch uns gesagt; es liegt darin eigentlich etwas sehr viel Hohn, doch sei es drum, wir werden nicht unterlassen, von dieser gütigen Welsung den entsprechenden Gebrauch zu machen und wir werden ja erfahren, in wie weit bei der nächsten Diskussion im Reichstag über die Verkürzung der Arbeitszeit, der Vertreter von Schwarzburg-Rudolstadt als „Fachmann“, dem „Prinzip“ der Herren Sch. und V. huldigt. — Für uns kann es über die Berechtigung auch dieser Forderung, keinen Streit geben, es spricht hier jedenfalls mehr als nur ein „Prinzip“ mit.

Die dritte Forderung, Freigabe des 1. Mai, nun, darüber haben wir mit den Herren, obwohl uns die Matseier sehr am Herzen liegt, wenig gesprochen — wir sind eben der Ansicht, bewegen braucht es jetzt

keinen Streit, die Former werden den Tag im nächsten Jahre auch ohne einen Streit feiern, wenn sie wollen und die Welt und damit die Fabrik der Herren Sch. u. V. wird darüber nicht zu Grunde gehen. —

Die Anerkennung einer Preis-Kommission war die nächste Forderung. Und zwar soll diese Kommission auch bei der Kalkulation neuer Artikel herangezogen werden. Darauf geht die Firma ebenfalls nicht ein, es wurde nur zugegeben, daß event. eine Kommission vorschreiben kann, die über etwa schlecht bezahlte Artikel (nach Ansicht der Herren sind ja aber bei Leibe solche nicht vorhanden) mit der Firma redet und wenn diese kann, will sie dann gerne zulegen.

Frei Licht ist die nächste Forderung. Ein Unikum, wie es außer in der Porzellan- u. Industrie, selten in anderen Gewerken anzutreffen ist, daß der Arbeiter das Licht stellen oder bezahlen soll und auch hier verhielt sich die Firma ablehnend. „Im nächsten Jahre“ soll es gewährt werden, ja, wenn zwei Fabriken der Umgegend dieses Jahr sich schon zu der kolossalen „Arbeiterfreundlichkeit“ aufschwingen und frei Licht gewähren, will Schäfer u. Vater die dritte sein. Sie geht eben nicht sonderlich nach der Ehre, auch wenn das mit wenig Geldkosten verknüpft ist, einmal auch hahnbrechend vorzugehen, die Erste zu sein, die solche Ungerechtigkeit über Bord wirft.

Es folgen nun Forderungen auf sanitärem Gebiete. Schlimm genug, daß in einem so kleinen Staate, wo der Fabrikinspektor durch sein Verhalten immerhin zu erkennen gegeben hat, daß er redlichen Willen besitzt, fördernd in die verbesserungsbedürftigen Fabrikerhältnisse einzugreifen, daß die Arbeiter da überhaupt erst fordern müssen, was eigentlich als ganz selbstverständlich vorhanden sein müßte. Man möchte dabei lachen, wenn man schreibt: die Firma Sch. u. V. hat bewilligt, daß nun statt Mittwochs und Sonnabends, Dienstags und Donnerstags gelehrt, ja, daß nun auch vor dem Scheuern am Sonntag noch mal vorher gelehrt wird! Das Entgegenkommen ist einfach großartig! Dasselbe ist der Fall bezüglich Einrichtung von Ankleideräumen, die einzurichten resp. besser zu gestalten, wobei auch ein übelduftendes Klotzrohr zur Sprache kam, die Firma versprochen hat, daß bei den Formgleitern jeden Tag der Schmutz, der sich bei deren Arbeit entwickelt, herausgeschafft wird, daß eine Ventilation anders hergestellt wird, was durch einfaches Herausnehmen einiger Ziegelscheibe bewerkstelligt werden kann, wir waren ganz weg darüber, wie Fabrikanten in dieser Weise ihren Arbeitern entgegen kamen!

Was nun die Firma sonst alles in Bezug auf die Eventualität eines Streikes der Kommission gesagt und schließlich auch uns gegenüber durchblicken ließ, nun das sind eben die bekannten Argumente, über die viel Worte zu verlieren, sich erübrigt. Nur auf eines wollen wir kurz eingehen, die Firma erklärte, daß am vorigen Dienstag die Herren Arbeitgeber der Porzellanfabriken in Rudolstadt und Umgegend eine Konferenz im „Rudelsbad“ abgehalten haben, in welcher die Angelegenheit der Former bei Schäfer u. Vater auf der Tagesordnung stand. Die Versicherung der Herren Schäfer u. Vater, daß sie mit ihren Kollegen eng und gut koalirt seien, bedurfte es uns gegenüber wahrlich nicht. Mögen die Herren sich manchmal aus Gründen, die sich, nun, sagen wir, — aus Geschäftsnöth herleiten, nicht besonders grün sein, wenn es gilt den Arbeitern ein Bein zu stellen, da sind sie ein Herz und eine Seele.

Wir wollen abwarten, in welcher Weise die Solidarität der Unternehmer zu Tage treten wird; einstweilen mögen aber die Arbeiter der thüringischen Orte, ganz besonders natürlich die in und um Rudolstadt, sich ihrer Solidarität bewußt werden.

Wir hätten nun noch manches, u. A. ein eigenartiges Intermezzo während der Verhandlungen im Comitat zwischen Herrn Schäfer und eines unseres Genossen, zu erwähnen, sind aber gezwungen, zum Schluß zu kommen.

Der Vorstand hat in gestrichter (Diensttag) Sitzung Stellung zur Sache genommen und Beschluß gefaßt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß Schreiber dieses nochmals am Freitag resp. Sonnabend nach Rudolstadt fährt und den Vorstandsbeschlüssen entsprechende Direktiven dort trifft.

Wir werden demnach in nächster Nummer ausführlicher auf die Angelegenheit eingehen können. Nothwendig ist es aber heute schon, die Kollegen allerorts darauf aufmerksam zu machen, daß, sofern in letzter Stunde nicht noch eine Einigung zu Stande kommt, es zu einem Kampf in Rudolstadt kommen wird und daß sowohl alles gethan werden muß, um den Zuzug fern zu halten, als auch die Solidarität durch Abstoßen von freiwilligen Mitteln (einzusenden an Herden) zu betätigen. Es kommen ca. 50 männliche Mitglieder in Betracht, inwieweit die Arbeiterinnen sich etwa mit engagieren, muß erst abgewartet werden.

Den Rudolstadt-Vollständler Genossen wird es sicher interessant sein, am Sonnabend Abend Näheres über diese Angelegenheit zu erfahren und hoffen wir, dieselben recht zahlreich in der von der Verwaltung der Zahlstelle zu arrangierenden Zahlstellen- oder öffentlichen Versammlung begrüßen zu können.

**Der Streik in Rheinsberg** ist nach kaum dreiwöchiger Dauer vollständig verloren für uns, in Folge der großen Zahl der „Arbeitswilligen“, wie der neudeutsche Ausdruck für Streikbrecher bekanntlich lautet, welche sich zum Theil aus den eigenen Reihen, zum Theil durch Zuzug von außerhalb einfanden, um dem bedrängten Unternehmer zu Hilfe zu eilen. Seit längerer Zeit schon ging das offensichtliche Bestreben des Unternehmers in Rheinsberg und vielleicht mehr noch das seiner Bediensteten darauf hinaus, die Organisation am Ort zu zertrümmern, obgleich derselbe wenig Veranlassung hatte, diese fürchten zu müssen, nachdem ein beträchtlicher Theil der Organisirten sich stets als willfährige Ausbeutungsobjekte erwiesen hatte und eine mehrmalige Lohnreduzierung vom Unternehmer vorgenommen werden konnte, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen. Im November v. J. schien es, als ob man nun auch in R. begriffen hätte, daß mit Hilfe der Organisation wohl doch etwas zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erreicht werden könne. Im Anschluß an eine Agitationsversammlung scharte man sich zusammen und beschloß, dem Unternehmer einige Wünsche zu unterbreiten und es gelang auch für einige Artikel eine minimale Lohnaufbesserung zu erreichen. Eine Reihe weiterer Wünsche (als Forderungen kann man sie billigerweise nicht bezeichnen) waren: Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Maschinenplätzen, Anbringung einer sogenannten leeren Riemenscheibe, um im Falle einer Gefahr den Maschinenbetrieb der Dreherei außer Bewegung setzen zu können, Schaffung von Ankleideräumen, Heizung und Ventilationsvorrichtung der Aborte, Anschaffung von Ventilationsvorrichtung, besonders in der einen Dreherei, in welcher eine fast unerträgliche Temperatur herrscht, kurz, alles Einrichtungen, zu deren Ausführung



der Unternehmer eigentlich gesetzlich verpflichtet ist, wurden allerdings als berechtigt anerkannt und Abhilfe versprochen, geschehen ist jedoch bis heute noch nichts. Daß nun jene, dem Staate besonders nützlichen Elemente, welche jetzt ihre Zelte in Rheinsberg aufgeschlagen haben, auf Abstellung dieser gesetzwidrigen Zustände drängen werden, steht wohl nicht zu erwarten; aus einer Einladung als „Arbeitswillige“ nach R. zu kommen, welche nach Magdeburg gesandt und dem Schreiber dieses von glaubwürdiger Seite abschriftlich übermittelt wurde, geht hervor, daß die Verhältnisse sehr gute sind, weil — nun, weil da der Litar Nordhäuser nur 40 Pf. kostet. Daß Dazwischenzutritt, muß zugestanden werden; hätten diejenigen unserer Genossen, welche jetzt als Opfer des Streiks auf der Strecke geblieben sind, den Maßstab ihres Wohlbefindens an die billigen Sänapapierpreise gelegt, dann hätten diese allerdings keinen Grund zum Streiken. Vielleicht bietet dieser Umstand der Scharfmacherpresse einen Beweis mehr, wie leichtfertig und frivol Streiks inszeniert werden. Unsere Genossen forderten als Menschen, als Gleichberechtigte, welche bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzusprechen haben, anerkannt zu werden; der Unternehmer lehnte jede Unterhandlung rundweg ab und sofort fanden sich „Zuchtkollegen“, welche ein solches Bedürfnis nicht hatten. Charakteristisch für die Anschauungen über Menschenthum und Menschenwürde, welche in den Kreisen mancher Unternehmer vorherrschen, ist die Art des Transportes der Arbeitswilligen von Magdeburg nach Rheinsberg. Als der Zug sich gegen 1 Uhr Nachts kurz vor Station Rh. befand, wurden in dem Waggon, in welchem die „Staatsknechte“ sich befanden, die Lichter verlöscht; auf der Station selbst durfte keiner den Wagen verlassen, derselbe wurde vielmehr direkt mit der Lokomotive in den Fabrikhof gebracht und ehe sich die Insassen bestimmen konnten, wo sich dieselben befinden, waren sie bereits im Brennhaus der Fabrik. Die in Folge des Streiks freigewordenen Arbeitsplätze sind nun alle wieder besetzt, es ist deshalb beim Vorstand des Verbandes beantragt worden, den Streik als beendet zu erklären und es ist diesem Antrage auch stattgegeben worden. Der Streik in Rh. zeigt wieder einmal deutlich, welche Aufklärungs- und Agitationsarbeit in den Reihen unserer Berufsgenossen noch zu verrichten ist, ehe wir ernsthaft und wirksam für eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage eintreten können. Unser ganzes Handeln muß darauf gerichtet sein, die Zahl derer, welche sich noch auf der niedrigsten Stufe menschlicher Erkenntnis bewegen, verringern zu suchen. Der Ausbau der Organisation, die Gewinnung der uns noch Fernstehenden für die Organisation ist die Aufgabe, an der mitzuwirken jeder Einzelne sich verpflichtet fühlen muß. Der Organisation der Unternehmer, eine straff gegliederte Organisation der Arbeiter gegenüberzustellen, sind wir verpflichtet, wollen wir nicht auf Gnade und Ungnade den Unternehmern überliefert sein. Wenn die Berufsgenossen allerorts diese Lehre zu ziehen wissen, dann dürfte auch in kürzerer Zeit die Scharte von Rheinsberg wieder auszuweichen sein. —

Es ist uns bezüglich **Umschau**, Firma **U. Licht u. Co.**, in voriger Nummer ein Irrthum unterlaufen; wir waren der Meinung, die von den nun ausgesperrten Arbeitern gestellten Forderungen seien schon veröffentlicht worden, das ist nicht der Fall und folgen dieselben hier:

Die organisierten Former und Maler stellten durch eingeschriebenen Brief an Herrn Stade folgende Forderungen:

1. Wiedereinführung der 14tägigen Kündigungsfrist.
2. 10 pSt. Preiserhöhung auf alle Artikel und gleichmäßige Vertheilung der Arbeiten.
3. Musterarbeiten sind nach Zeitlohn zu berechnen.
4. 8tägige Rechnung.
5. Anerkennung einer Preiskommission.
6. Neunstündige Arbeitszeit.
7. Anstellung eines Formenträgers.
8. Deftere Reinigung der Arbeitsräume und diese rechtzeitig zu heizen.
9. Regelmäßige Lieferung der Rohmaterialien.
10. Anständige Behandlung.

Hierauf wurde durch Herrn Stade in den Arbeitsräumen die in voriger Nummer bereits veröffentlichte Bekanntmachung angeschlagen.

Alles Unterhandeln ist zwecklos und wird entschieden abgelehnt.

Die Antwort auf diesen Akt war, daß sofort alle 16 Mitglieder die Arbeit niederlegten. Herr Stade glaubte eben, es seien nur einige, die nicht zufrieden sind und diese wollte er auf die schroffe Art und Weise loswerden, er hatte sich aber getäuscht.

Former hat Herr Stade jetzt gar nicht, es arbeiten nur zwei Lehrlinge. Ein Herr Köditz aus Unterpörlitz, der bisher als Brenner gearbeitet, sucht Herrn Stade zur Hilfe zu kommen und formt jetzt. Ein Baker, gelernter Former, welcher ebenfalls formen sollte, lehnte dies Anstehen ab. Es arbeiten sieben Maler und diese wollen, wenn Herr Stade sich noch weiter ablehnend zu jeder Verhandlung stellt, ebenfalls die Arbeit niederlegen. Zu berichten ist noch, daß auch Herr Schindler seine Stellung gekündigt hat, ohne seine Arbeitsmethode an den Mann gebracht zu haben. Unsere Mitglieder ersuchen wir, Solidarität nach jeder Richtung hin zu üben. Die Ausständigen sind sich einig und hoffen zuversichtlich, daß doch eine Verständigung erzielt wird.

— In **Eisenberg** bei der Firma **Kaller Porzellanfabrik** haben nunmehr die drei **Blauarbeiter**, wegen denen wir bereits in Nr. 31 der „**Amesse**“, die Kollegen eruchten, etwaige freie Stellen den Malern zuzuweisen, die Arbeit aufgegeben. Sie sollten nach einem Versprechen der Firma eventuell nur größere Artikel in Arbeit bekommen, wobei sie doch halbwegs einen auskömmlichen Verdienst erzielen, es haben aber die Maler auch nur kleines Geschir aufbekommen, wobei sie bei angestrengter Arbeit eben nur auf 14 Mk. Höchstlohn kommen konnten. Es dürfte nun aber wohl unter solchen Umständen kein Kollege diese Plätze besetzen, denn das kann dort so doch nicht weiter gehen.

— In **Burgstädt** hat sich in der Situation nichts geändert. Als **Beisitzer** ist dort jetzt ein gewisser **Witzes**; ihnen wir nicht, hat derselbe früher in **Annaburg** und **Lehlin** in **Neusornewitz** und **Breslau** besondere Force gegen die Organisation entwickelt. Wenn er dann nebenbei noch in sachlicher Beziehung Großes leistet, dann dürfte allerdings Herr **Madara** schon heraus sein.

— Für **Lichtgeldfrage** wird von **Sophienau** folgendes geschrieben: Zu den Fabrikanten, welche den Arbeitern Lichtgeld abjagen machen, gehört auch die Firma **Schachtel in Charlottenbrunn**. Vor ca. zwei Jahren ließ die Firma in sämtlichen Arbeitsräumen, mit Ausfluß der Malerei, elektrische Beleuchtung einrichten, die hierzu benötigte Kraft wird von elektrischen Werken **Waldenburg** geliefert.

Für eine fünfterzige Flamme wird den in der Dreherei beschäftigten Personen, gleichviel

welchen Alters oder Geschlechts, das ganze Jahr hindurch per Woche 20 Pf. in Abzug gebracht.

Verstößt nach unserer Meinung dieser Lichtgeldabzug schon nach § 120a, Abs. 2 gegen die Gewerbeordnung, so noch mehr im vorliegenden Fall gegen den § 115. Derselbe sagt u. A.: „Doch ist es gestattet, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung und Landnutzung gegen die ortsüblichen Mieths- und Pachtpreise, Feuerung, Beleuchtung etc. — für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen etc.“

Als Beweis diene folgendes: Laut Tarif des **Lehrerlichen Werks** in **Waldenburg** kostet eine fünfterzige Flamme bei unbeschränkter Brenndauer pro Jahr 5,40 Mk. und bei beschränkter Brenndauer 3,80 Mk., jedenfalls ist doch bei den Arbeitern die Brenndauer eine sehr beschränkte, beschränkt sich doch dieselbe auf noch nicht ein halbes Jahr und bezahlen müssen dieselben 10,40 Mk., also ca. 60 pSt. Profit!

Nun kommt es beispielsweise vor, daß zum Frühjahr ein Arbeiter eingestellt und zum Herbst wieder entlassen wird, Lichtgeld wird schon die erste Lohnzahlung abgezogen, mithin hat derselbe ein halbes Jahr Lichtgeld gezahlt, ohne einen Funken Licht gesehen zu haben.

Bekanntlich haben die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen einige recht bescheldene Forderungen der Firma eingereicht, darunter auch den Wegfall des Zahlens von Lichtgeld. Alle diese Wünsche sollen nun mit dem ersten Oktober ihre Erledigung finden.

Sollte wider Erwarten die Firma auf dieses Nebeneinkommen nicht verzichten wollen, so dürfte es sich empfehlen, einmal den Klageweg zu beschreiten, der Erfolg dürfte nicht ausbleiben.

— Von **Wittenberg** wird mitgeteilt, daß das Geschäft dort nicht besonders gut geht, es seien mehrere Dreher und Brenner entlassen, weitere Entlassungen ständen bevor. Der Verdienst der Akkordarbeiter ist auf einen bestimmten, niederen Satz beschränkt worden.

— In **Heckendorf** bei **Selsenkirchen** ist es die Firma **Grässel u. Co.**, **Smalldrwerk**, die den bei ihr beschäftigten Malern weniger Lohn für einen Artikel zahlen will, wogegen die Maler gewillt sind, sich eine Kürzung ihres Verdienstes nicht bieten zu lassen. Es dürfte gerathen sein, etwaigen Arbeitsangeboten dieser Firma gegenüber recht vorsichtig zu sein.

### Soziales Gewerkschaftliches etc.

— Der Ausdruck „**Streikbrecher**“ keine Beleidigung. Das Amtsgericht in **Greiz** hat die Beleidigungsklage eines Arbeitswilligen, der von einem organisierten Maurer „**Streikbrecher**“ tituliert worden war, unter folgender Begründung abgelehnt:

Unter „**Streikbrecher**“ versteht man denjenigen, welcher, nachdem er an einen von seinen Berufsgenossen zur Erlangung besserer Lohnbedingungen veranstalteten Streik theilgenommen hat, aus irgend welchen Gründen das Lager der Streikenden verläßt und die Arbeit wieder aufnimmt. Nun ist zwar nicht zu verkennen, daß die Arbeitsniederlegung ein erlaubtes Mittel ist, um eine Lohnerhöhung herbeizuführen oder sonstige standes- oder berufliche Interessen zu wahren, es liegt aber zu Tage, daß kein Arbeiter mehr zur Theilnahme an der Lohnbewegung von seinen Standesgenossen gezwungen werden kann, und folgerichtig, daß es sodann Ausständigen unbenommen sein muß, einer besseren Stellung



folgend, die Arbeit wieder für sich aufzunehmen. Diese Rückkehr ist als durchaus berechtigt anzuerkennen; daß aber der Streikbrecher durch seine Loslösung unter Umständen die Interessen seiner Standesgenossen gefährden, ihnen zuwiderhandeln kann, mag richtig sein, kann aber unter Umständen dazu führen, daß er in den Augen vernünftiger Leute — und nur auf die Anschauung solcher kommt es an — verächtlich wird. — Die Bezeichnung „Streikbrecher“ allein kann daher als eine Ehrenkränkung nicht aufgefaßt werden, sonstige begleitende Nebenumstände, aus denen auf die Absicht der Kränkung geschlossen werden könnte, sind nicht behauptet worden. Es mußte daher mangels Vorliegens einer Beleidigung die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, die Privatklage zurückgewiesen und der Privatkläger mit den bisher entstandenen Kosten belastet werden (§§ 429, 563, 2 St.-P.-D.).

— Die Lage des Arbeitsmarktes. Seit Mai dieses Jahres nimmt die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte langsam, aber sicher fortschreitend zu. An den Arbeitsnachweisen steigert sich der Zudrang der Arbeitsuchenden; nicht nur der Bedarf an Arbeitskräften nimmt zu, sondern auch die Zahl der bisher Beschäftigten. Eine Zusammenstellung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ über die Bewegung an den Arbeitsnachweisen und die Veränderungen in der Mitgliederzahl der Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung der genannten Zeitschrift angeschlossen sind, bringt die zunehmende Verschlechterung des Arbeitsmarktes in folgender Tabelle deutlich zum Ausdruck. Es kamen nämlich an den Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen im Monat

	1899	1900
März	87,7	94,8
April	99,0	96,7
Mai	101,3	101,2
Juni	93,0	103,5
Juli	100,5	111,2
August	94,1	107,3

Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Noch im Mai fand eine kleine Zunahme statt. Dagegen betrug gegen den Vormonat die Abnahme im Juni 0,6, im Juli 1,4 und im August 0,05 pCt. Steigendes Angebot von Arbeitskräften, Abnahme des Beschäftigungsgrades gehen Hand in Hand und schaffen eine Konstellation, unter der ein Winter mit hoher Arbeitslosigkeit zu erwarten ist.

**Versammlungsberichte etc.**

**Berlin II.** Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Vorsitzende der Versammlung bekannt, daß der zu heute angesagte Vortrag nicht stattfinden kann und zwar wegen der Höhe des Honorars, welches für derartige Vorträge verlangt wird (60—100 Mk.) Hieran anschließend bringt der Vorsitzende das ihm zugesandte Formular der Volkshochschulkurse zur Kenntnis. Der Verein für Wohlfahrts-Einrichtung hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch populäre, wissenschaftliche Vorträge dem Bedürfnis weiter Kreise, vorwiegend „Arbeiter“, Rechnung zu tragen. Für einen bestimmten Vortrag (6 Abende) sind 60 Pf. resp. 1 Mk. zu entrichten. In Anbetracht des wirklich Guten und Nützlichen, was hier geboten wird, fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, sich recht lebhaft hieran zu beteiligen; Anmeldungen nimmt C. Reich entgegen. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung angenommen ist, giebt Kollege R u n f die Abrechnung des letzten Quartals. Es ist unter Anderem hieraus zu ersehen, daß die Zahlstelle 595 Mitglieder hat, davon ca. 450 auswärtige. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassier Decharge erteilt.

Die durch unsere Lohnbewegung ins Leben gerufene Lohnkommission hatte zum ersten Mal Gelegenheit, nach den ihr zu Gebote stehenden Funktionen praktisch Gebrauch zu machen. Die Forderungen, welche die Kollegen in der betreffenden Materie gestellt hatten, sind vollständig durch Vermittelung der Kommission bewilligt worden, wenn auch erst nach langer Verhandlung mit der betreffenden Inhaberin. Es ist hiermit der Beweis erbracht, daß der von uns eingeschlagene Weg der richtige ist, es bleibt nur noch zu wünschen, daß die Kollegen da, wo die Verhältnisse unseren Forderungen nicht entsprechen, fleißig die Kommission in Anspruch nehmen. In einem zweiten Fall hatte die Kommission zu recherchieren, es hat sich hierbei herausgestellt, daß die Anschuldigungen eines Kollegen in dieser Sache nicht

der Wahrheit entsprechen. Die Anregung hierzu gab in der vorigen Versammlung ein unorganisirter Kollege, um so erfreulicher ist das Resultat. Ein Beweis wieder einmal, wie trivial schwere Beschuldigungen und Verdächtigungen in die Welt gesetzt werden, theils um ein persönliches Bedürfnis nach Verleumdung zu befriedigen, theils um, wie in diesem Falle, die Organisation zu schädigen. Wird nun aber der Beweis erbracht, daß die Anschuldigungen unwahr sind, so hat man sich einfach getrennt, man war falsch unterrichtet und man gesteht beschränkt ein, daß man im Unrecht war, folgert aber ganz richtig, „etwas bleibt doch hängen“ und das ist wahr, ja, man kann behaupten, die große Hälfte bleibt hängen. Werden derartige Mittel von Unorganisirten angewandt oder von Leuten, denen jedes Zusammenhalten der Arbeiter ein Dorn im Auge ist, um uns und der Organisation „eins. auszuwichen“, so ist es verständlich, wenn auch nicht gerade nobel! — Aber auch unter uns existirt ähnliches! Es kam in der Versammlung zur Sprache, wie organisierte Kollegen sich gegenseitig herabzusetzen suchen, wie Spitznamen und Schlagwörter hervorgebracht werden, um die Kollegen, die irgend wie in der Organisation thätig sind, lächerlich zu machen, um ihnen das zu verleiern, was sie als erste Pflicht jedes modernen Arbeiters ansehen: „An dem Ausbau der Organisation zu helfen, mit zu arbeiten an der Verwirklichung unseres Ideals!“ Einen breiten Raum nehmen die Verhandlungen über die Bibliothek ein, es sollen Neuanstellungen gemacht werden und sind zu diesem Zweck eine Reihe von Werken vorgeschlagen, zum meist nationalökonomischen Inhalts. Die Versammlung wird über das, was angeschafft werden soll, nicht schlüssig und wird die Verwaltung damit betraut, eine engere Wahl der angeführten Bücher zu treffen. Gleichfalls wird ein Antrag, welcher das Verhältnis unserer auswärtigen Mitglieder zu unserer Bibliothek näher bezeichnen soll, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es werden nun folgende Anträge angenommen: Den Kollegen in R i t t e r t e i c h 20 Mk.; den Militärkassieren 30 Mk.; dem Hauptvorstand 30 Mk.; den Hamburger Werftarbeitern 30 Mk.; der Lohnkommission vorläufig für fortlaufende, notwendige Ausgaben 10 Mk. zu überweisen.

Die Verhandlungen über den letzten Antrag waren die längsten, ob sie die interessantesten waren, steht dahin. Die Versammlung wurde belehrt, daß es eines derartigen Antrages gar nicht bedürfe, die Kommission solle sich nur an verständige Menschen wenden, dann bekomme sie Geld, so viel sie will 25, 30, 100 Mk. vorausgesetzt, daß ihr Ruf tabellos ist. (Die Red.) Vorliebt man von verschiedener Seite unsere Versammlungen resp. die darin gepflogene Diskussion als „Qualität“ und ähnliches zu bezeichnen, so müssen solche Selbstüberhebungen von Mitgliedern (ob nun wörtlich zu verstehen oder nicht, das unteruchen die uns noch fernstehenden nicht) den Herren Kollegen, die den großen Mund führen, ohne sich verpflichtet zu fühlen der Diskussion beizutreten, geradezu Stoff zu ihren geschmacklosen Bemerkungen über unsere Versammlungen liefern. Unser demokratisches Prinzip sollte derartige Anschauungen und Bemerkungen des eigenen Ich (und das muß einmal gesagt werden) nicht zulassen. Nach der lebhaftesten Debatte zu schließen, scheint man in der Zahlstelle das allgemein zu wünschen und für die Zukunft wird so etwas hoffentlich unterbleiben.

**Eisenberg.** Wie gewöhnlich konnte auch die am 8. 9. 1900 stattgefundene Zahlstellenversammlung wieder nicht zu der festgesetzten Zeit eröffnet werden, da es die meisten Mitglieder nicht für nötig halten, zur Zeit um 8 Uhr zu erscheinen. Der große Teil der wenigen Versammlungsbesucher kommt niemals vor 9 oder 1/10 Uhr und wurden deshalb im Laufe der Versammlung Beschlüsse gefaßt darüber, dieses abzuändern und den Versammlungsbesuch zu erhöhen. Ob's was hilft? Eröffnet wurde diese Versammlung nach 9 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Anträge und Beschwerden, 3. Kassieren und Bibliothek. Punkt 1: Zunächst erfolgten zwei Anmeldungen und wurden die Betreffenden einstimmig aufgenommen. Dann giebt der Kassier Bericht über den Abschluß des 2. Quartals, derselbe stellt sich wie folgt: E r b a n d: Einnahme 3147,38 Mk., Ausgabe 3147,38 Mk., Bestand —. B e i h ä l f e f o n d: Einnahme 235,84 Mk., Ausgabe 25,85 Mk., Bestand 209,99 Mk. 15 p C t. F o n d: Einnahme 251,12 Mk., Ausgabe 150,47 Mk., Bestand 100,65 Mk. Wegen Resten wurden 11 Mann gestrichen. Die Revisoren erklären, alles für richtig befunden zu haben, worauf dem Kassier Decharge erteilt wird. Nachdem der Delegierte des Gewerkschaftsartikels einen ausführlichen Bericht der letzten Sitzung gegeben, macht der Vorsitzende Mitteilung von der Eröffnung eines neugegründeten sozialdemokratischen Vereins und giebt entsprechende Aufklärung. Bei Punkt 2 beschwert sich der Vorsitzende zunächst über den schwachen Besuch der Versammlung und wünscht eine Aenderung bezüglich der Präsenzliste, um vielleicht dadurch den Versammlungsbesuch zu erhöhen. Es werden in dieser Angelegenheit verschiedene Vorschläge gemacht und wird zuletzt der Antrag, die Präsenzliste wieder zu verlesen mit dem Zusatz: „es bleibt dem Ausschuss überlassen, zu welcher Zeit er dies thun will“, mit 10 gegen 10 Stimmen angenommen. Ferner macht der Vorsitzende bekannt, daß am Anfang der Versammlung Vortrag

nicht mehr entgegengenommen werden. Auf Antrag eines Mitgliedes wird eingeschlagen, daß Niemand für Andere Vorträge ablesen soll. Weiter von der Persönlichkeit, daß die Versammlungen pünktlicher eröffnet werden sollen, ganz gleich, wieviel Mitglieder anwesend sind, und wurde deshalb ein Antrag angenommen, wonach die Versammlungen im Winter punkt 8 Uhr und im Sommer punkt 7 1/2 Uhr eröffnet werden sollen. Dann wurde vom Kassier der Antrag gestellt, die Versammlungen zu lassen, welche ebenfalls angenommen wurde. Diese Beschlüsse sollen allen Mitgliedern durch Formular bekannt gegeben werden. Es wurde dann ein weiterer Antrag gestellt, dahingehend, daß in allen Fällen in Eisenberg auf dem Treppen u. s. w. genügend Licht geschafft werde, damit man nicht Gefahr laufe, die Stiege zu brechen und meint der Vorsitzende, daß nicht die Verbandskasse lang, sondern das Gewerkschaftsartikel die richtigen Mittel zur Befriedigung dieser Frage wären. Der letzte Antrag zum Gewerkschaftsartikel eingebracht wird, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Weiter stellt ein Mitarbeiter von Geier und Schwabe mit, daß sie gewonnen sind, ihre Stellenungen aufzugeben. Es folgt hierüber eine lebhafteste Diskussion zwischen den Schwabeschen Mitgliedern und kommt schließlich der Antrag zur Sprache, daß die Arbeiter eine Ausschusskommission wählen sollen. Ebenso ein Schlusantrag in dieser Sache. Eine ebenfalls lebhafteste Debatte ruft ein Antrag hervor, welcher verlangt, daß die Krankenkasse der Porzellanarbeiter in Eisenberg bei der Thüringer Landesversicherungsanstalt den Antrag stelle, eine eigene Krankenheilanstalt zu errichten. Betreffendem Antragsteller wird erklärt, daß dieser Antrag ebenfalls nicht in die Verhandlung, sondern Landesversicherungsanstalt gehören und daß betreffende Landesversicherungsanstalt schon drei Heilstätten in eigener Regie besitzt. Wieder wird ein Schlusantrag in dieser Sache gestellt und angenommen. Zuletzt stellen sich noch mehrere Mitglieder noch darüber aus, daß die Angelegenheit mit dem „Wohlfahrt“ immer noch nicht ruhen soll und wird gehofft, daß dies nun halt der Fall ist.

**Rudolstadt.** Die letzte im „Bürgerblatt“ stehende Zahlstellen-Versammlung beschäftigte sich unter anderem mit der „Mittelenfrage“, die Versammlung ist nicht für ratsam, daß in unserem Jahrbuch so viel Raum über diese Angelegenheit aufgewandt wird und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß zwei bessere Artikel den Raum einnehmen können als solche lehrlichen Vorgelesen, die der gesamten Organisation noch nur Schaden und einer Agitation, wie sie in unserem Jahrbuch sehr notwendig ist, entgegen wirken muß. Die Versammlung hält den Zuschuß von 10 Mk., den die Delegierten erhalten haben, für zu Recht bestehend und wünschen wir, daß die Zahlstellen mit unserer Ansicht einverstanden sind und einer eventuellen Mitgliederabstimmung entgegenzutreten mögen.

**Waldendorf.** Am 12. September wurde eine öffentliche Versammlung der Porzellanarbeiter im Saale des Herrn Gastwirths Wierler abgehalten. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit aller Porzellanarbeiter zur Berufsorganisation; 2. Diskussion; erteilte der Vorsitzende dem Referenten, Berossen W o l m a n n aus Berlin, das Wort. Derselbe schilderte in einer ziemlich 2 Stunden wählenden Rede die blödesten Miß- und Mißstände, die in der Porzellanindustrie Deutschlands grassiren und unter denen die Arbeiter zu leiden haben. Besonders bekludelte derselbe die Arbeiterverdrängung durch moderne Maschinen, die mehr, besser, und was die Hauptsache ist, viel billiger arbeiten, und die Hunderte, ja Tausende von Arbeitern an die Luft setzen. Redner erzielte nach Schluß seiner Rede vollen Beifall. Darauf wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Diskussion“, übergegangen. Da sich aber durch zweimaliges Auffordern der Vorsitzenden niemand zum Wort meldete, erteilte derselbe dem Redner das Schlusswort, in welchem er allen anwesenden Porzellanarbeitern einen baldigen Anschluß an die Organisation ans Herz legte, da nur dadurch das Wohl der Arbeiter gefördert werden könne.

Wissen wir, daß keine Rede unter den noch nicht organisierten Arbeitern der Porzellanindustrie Anklang gefunden, denn es giebt in hiesiger Gegend mehrere Porzellanfabriken, wo sich der Arbeiter nicht über die Schwere seines ausbezahlten Lohnes beklagen darf, da er denselben jederzeit noch tragen kann. Es ist dem Arbeiter ja auch viel damit erspart, den er braucht nicht von einer Spartasse auf die andere zu laufen, um seine kolossalen Nachschüßer und Bekleidungsstücke zu bringen und alljährlich unentliche Prognosen einzubringen. Porzellanarbeiter Thüringens, organisiert Euch!

**Wittenberg.** In der am 8. September stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende Versammlung erst ist sich vollständig mit den Resolutionen von Dresden und Döbeln einverstanden und ersucht die Zahlstellen sich doch mit der allgemeinen, schlechten Lage der Porzellanarbeiter zu befassen.“ Die Resolution ersucht den Hauptvorstand von Berlin, die Zahlstellen über die Arbeitslosigkeit und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche zu veröffentlichen, um die entsprechenden Vorkehrungen auf unsere gedrückte Lage aufmerksam zu machen.



## Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Dieh Nachf. ist soeben erschienen Heft 7 und 8 des Lieferswerkes: **Gesundheitslehre im Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Luftdruck und Luftfeuchtigkeit. — Das Licht. — Die Wärme. — Das Wetter. — Klima und klimatische Kurorte. — Der Blutlauf. — Die Atmung.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pf. erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen. — Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

In der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW., Brühlstr. 2 ist soeben erschienen: **Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion**. Zusammengefasst im August 1900. Größe 50 x 65 cm. Preis 60 Pf., Porto 20 Pf. Dieses auf feinem Glanzkarton nach neuen Photographien sauber hergestellte neue Gruppenbild enthält alle bis August in Reich- und Ersatzwahlen gewählten Abgeordneten.

Portrait Wilhelm Liebknecht in Original-Kupfer-Nachbildung auf Chinapapier 53 x 40 cm. Preis 1,50 Mk. Dieses wirkliche Kunstblatt, zu dem als Gegenstücke die Portraits von Bebel und Singer in gleicher künstlerischer Vollendung erschienen sind, bildet als würdiges Andenken an unseren großen Vorkämpfer den schönsten Zimmerschmuck.

## Briefkasten.

H. in K. Einmal ist die Voraussetzung, daß die jetzige Stimmung in Mitgliebertreuen den Vorstand in seiner Ansicht beeinflusst hätte, nicht richtig, zum anderen aber scheint mir nicht ratsam, über solche, nur für öffentliche Versammlungen zur Verhandlung geeignete Themen, eingehendere Berichte oder Resolutionen zu veröffentlichen. Oder hätte es damit im dortigen Staate keine Gefahr? Gruß.

Altwasser L. F. Sie haben keine Mitgliedsnummer angegeben, ebenso fehlt eine Bestätigung durch die Zahlstelle. Ich zweifle nicht daran, daß die geschriebenen Zustände tatsächlich solche mißlichen sind, jedoch kann ich ohne, daß die Verwaltung bezw. die Zahlstelle Ihre Zustimmung zu solcher Warnung giebt, keinen Gebrauch von dem Eingekommenen machen.

R. Auf alle Fälle bleibt es wie bisher, doch halte das Versprochene nach jeder Richtung. Grüße!

Chiffre C. B. 100. Die Stellen sind besetzt.

B. Annaburg. Berliner Maschinenfabrik Oskar Schubert u. Co., Berlin N.

## Adressen-Nachtrag.

Neuhaldensleben. Kassirer Riese, wohnt vom 1. Oktober ab Holzmarkt 341.

Rudolstadt. Vorj.: Robert Müller wohnt jetzt Gartenstr. 11. Revij.: Johann Bauer wohnt jetzt Große Löfsergasse 8; Albert Glaser wohnt Rudolstadt, Große Wabergasse 6.

Schönwald. Vorj.: Heinz Hoffmann, Maler. Weisswasser. Schriftf.: Friedr. Silz, Dreher, Hermannsdorf.

## Sterbetafel.

Berlin II. Paul Kleinwächter, Maler, geboren 11. 10. 1859 zu Wästegiersdorf, gestorben 12. 9. 1900 an Gehirnschlag. Mitglied des Verbandes.

Ehre seinem Andenken!

## Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung. Dienstag, 25. September, Abends präcise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Hilfen. Sonnabend, 22. September im Vereinslokal.

Berlin II. Montag, 24. September, Abends 8 Uhr bei Koll. Verwaltungssitzung.

Freienbilla. Sonnabend, 22. September im Gasthaus „Zum Saalthal“.

Frankenberg. Sonnabend, 22. September, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum schwarzen Adler“. Beitragzahlen. Bibliothek.

Geschwend. Sonntag, 23. September im Vereinslokal. Beschlusfassung über das erste Stiftungsfest.

Grünstadt. Sonnabend, 22. September, Abends 9 Uhr im Vereinslokal.

Ranheim. Sonnabend, 20. September im Restaurant „Rohndolme“, Meißelstr. Beitragzahlen. Wahl eines Schriftführers. Lokalfest. Verschiedenes.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- u. verwandten Arbeiter. — Herausgeber: Richard Jahn, Berlin SO., Engelufer 15 II, Druck und Verlag: Otto Goetz, Charlottenburg, Wollstr. 69.

Marktredwitz. Sonnabend, 22. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Gasthof „Zum deutschen Haus“. Bibliothekbücher-Umtausch.

Nürnberg. Sonnabend, 29. September im „Felseder“.

Probstzella. Sonntag, 23. September, Nachmittags 3 Uhr im „Reininger Hof“.

Suhl. Sonntag, 30. September, Nachmittags 3 Uhr in der Goldlaute, Gasthaus „Zur Denne“.

Tettau. Sonnabend, 22. September, Abends 6 Uhr in Christiansgrün.

Unterpörlitz. Sonnabend, 29. September im „Stern“.

## Anzeigen.

**Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.**

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.



**Goldschmiede**

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.

**Emil Böhme, Eisenberg S.-A.**  
Einkaufsgeschäft für Glanzgold  
Goldschmiede und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte. Ältest. Geschäft dieser Art.

Altwasser. Freitag, den 21. September, Abends 8 Uhr findet im Saale des Gasthofs zum „Eisernen Kreuz“ eine

Öffentliche

## Porzellanarbeiter-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: 1. Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Referent: Joh. Schneider, Berlin. 2. Diskussion.

Berufsgeossen und -Geossinnen von Altwasser, erscheint so zahlreich als möglich. Der Einberufer.

Berlin II. Sonnabend, den 22. September

## Stiftungs-Fest

im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelufer 15. Ernste und heitere Vorträge, Verloosung, Blumenpolonaise und andere Ueberraschungen.

Die Porzellanarbeiter sämtlicher umliegenden Zahlstellen werden höflichst eingeladen, um auch einmal einige frohliche Stunden gemeinschaftlich zu verleben. Der schöne Saal ist für 1000 Personen geräumig. Für vorzügliche Speisen und ff. Schuttheit ist gesorgt.

Einlaßkarten: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., sind bei allen Verwaltungsmittgliedern, sowie im „Gewerkschaftshaus“ zu haben. Anfang 9 Uhr.

Die Kommission.

Stellungslöse Mitglieder haben freien Zutritt.

Kronach. Sonnabend, 29. September findet im Saale des Herrn Mag. Id

## Tanzkränzchen

statt, wozu an die Herren Mitglieder nebst westhen Familien und Angehörigen freundliche Einladung ergeht.

NB. Die Zwischenpausen werden durch Gesang ausgefüllt, so daß es ein genußreicher Abend werden wird, und steht einem zahlreichen Besuch gern entgegen. Die Verwaltung.

Rudolstadt. Der Fremdenverkehr für organisierte Arbeiter befindet sich jetzt im Gasthaus „Zum Hirschen“, Saalstraße. Zeit und Kaffee kostet 50 Pf. Allen Reisenden zu empfehlen.

Potschappel. Sonntag, den 30. September, Vormittags 11 Uhr in Ruhnats Restaurant in Deuben

## Öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Referent: J. Schneider, Berlin. 2. Gewerkschaftliches. Der Einberufer.

Stadtilm. Sonntag, den 23. September, Abends 8 Uhr im „Schwarzen Adler“ zu Oberilm

## 5. Stiftungs-Fest

verbunden mit Ball.

Es ladet ergebenst ein Die Verwaltung.

Sorgau! Sorgau!

Sonntag, den 23. September, Nachmittags 3 1/2 Uhr im Gasthof zum „Eisernen Helm“

Öffentliche

## Porzellanarbeiter-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Referent: J. Schneider, Berlin.

2. Diskussion. Eine zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Einberufer.

Sophonau. Montag, den 24. September, Abends 7 1/2, im Saale des Herrn Barthel

Öffentliche

## Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: Der Zweck und Nutzen unserer Berufsorganisation. Ref.: J. Schneider, Berlin. Freie Diskussion. Der Einberufer.

Tiefenfurt. Donnerstag, 27. September, Abends 8 Uhr in hiesiger Brauerei

Öffentliche

## Porzellanarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung: Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Ref.: J. Schneider, Berlin. Der Einberufer.

Waldenburg. Sonnabend, den 22. September, Abends 7 Uhr im Saale des Gasthofs „Zum deutschen Hause“

Öffentliche

## Porzellanarbeiter-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Referent: J. Schneider, Berlin. 2. Diskussion.

Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen, erscheint so zahlreich als möglich. Der Einberufer.

Weisswasser. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Muhlau“ (Mudra)

Öffentliche

## Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Ref.: J. Schneider, Berlin.

Alle Geossen von Weisswasser und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. NB. Es werden die Mitglieder hiesiger Zahlstelle ersucht, alle nicht organisierten Arbeiter zu dieser Versammlung einzuladen. Der Einberufer.

Gewerkschaftskartell Wittenberg.

Sonntag, den 23. September cr., Nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Zum Kronprinz“, Kleins-Wittenberg

## Recitations-Vortrag

des Schauspielers Herrn Walkotte über: „Das verlorenen Paradies“, soziales Schauspiel von Gerhard Hauptmann. Hierzu ladet ein Das Gewerkschaftskartell.

Der Porzellanmaler Georg Geyer, Mitglied Nr. 10545, wird gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen, ebenso möchte ich die Zahlstellentaffirer bitten, mir den Aufenthaltsort mitzutheilen. Chr. Duthardt, Kassier, Probstzella.

Die Wasserstelle ist besetzt. Den Herrn Wasserbesten Dank. H. H. Müller, Henschel-Grabenwerth.